Walburga Therese Hüsken
Steuerberaterin

45133 Essen, den 7.1.2009, III. Ruschenfeld 3, ehem. und zuk. Anschrift
z.Zt. **nur** postalisch = Spohrstraße 9, 34246 Vellmar

Frau
Bundeskanzlerin Angela Merkel **persönlich**
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
internetpost@bpa.bund.de

Frau
Brigitte Zypries **persönlich**
Bundesministerium der Justiz
Mohrenstraße 37

D-10117 Berlin
poststelle@bmj.bund.de

Sehr geehrte Frau Merkel!
Sehr geehrte Frau Zypries!

Wie ich gelesen habe, haben Sie eine Klage in Den Haag eingereicht, um der Haftung für Kriegsentschädigungen zu entgehen, die die Kriegsgegner des Deutschen Reiches evtl. geltend machen könnten.
Wie ich weiter gelesen habe, fühlen Sie sich als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches.
In dem Klageverfahren beansprucht die BRD "Immunität" und rechnet die kriminellen Akte des Deutschen Reiches **ihren regulären Hoheitsrechten** zu.

Die folgende Pressemeldung ist mir zugegangen:

Neue Achse

6. Januar 2009 | Von German Foreign Policy | Kategorie: Baltische Rundschau

STARMONEY
COMPUTER BILD Testsieger 2008
Jetzt 15% Jubel-Rabatt nutzen!

NS-Massenverbrechen mit hunderttausenden Ziviltoten sollen ungesühnt bleiben und durch einen "Rechtsfrieden" zugunsten des deutschen Staates belohnt werden. Dies ist der Tenor einer offiziellen Klageerhebung der Bundesrepublik Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag. **Die Klage reichte Berlin in den letzten Dezembertagen ein, um sich jedweder Strafverfolgung wegen der Verbrechen seiner Vorgängerregierungen ("Deutsches Reich") zu entziehen.** Ansprüche der Opfer und ihrer Nachkommen sollen endgültig unmöglich gemacht werden. In dem Klageverfahren beansprucht die BRD "Immunität" und rechnet die kriminellen Akte des Deutschen Reiches ihren regulären Hoheitsrechten zu. Wiedergutmachungsurteile zugunsten der Opfer dürften **nicht vollstreckt werden, da sie "Deutschlands hoheitliche Immunität verletzen",** heißt es in der Berliner Klageerhebung wörtlich.

Die BRD betrachtet sich als unmittelbare Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches, dessen Erbe sie 1949 angetreten hat, leugnet aber ihre entsprechenden Verpflichtungen.

Welche Absicht, bzw. welches Ziel steckt bitte tatsächlich hinter dieser Ihrer Klage, denn Sie wissen nur zu genau:

die BRD/Bundesrepublik Deutschland ist niemals Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches gewesen. Auch Sie kennen das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 31.7.1973:

Urteil Bundesverfassungsgericht 31.07.1973 (2 BvF 1/73)

Orientierungssatz:

1. Es wird daran festgehalten (vgl zB BVerfG, 1956-08-17, 1 BvB 2/51, BVerfGE 5, 85 <126>), daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist; es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig. Die BRD ist nicht "Rechtsnachfolger" des Deutschen Reiches,

Und bitte, von welchen Hoheitsrechten ist hier die Rede. Die BRD, als die von den Alliierten eingesetzter Verwalter, war noch niemals ein Hoheitsbetrieb. Die BRD ist niemals ein Staat gewesen, sondern immer ein Gewerbebetrieb.
Von welchen Hoheitsrechten ist hier die Rede?

Sie wissen auch, daß Sie nicht der Vertreter der Deutschen sind, was Sie in Ihren vielfachen Aussagen bestätigen. Oft habe ich von Ihnen gehört:

„Die Deutschen“

Wenn Sie also der Vertreter der Deutschen wären, würden Sie nicht so abfällig über das einwandfreie, fleißige, kluge, ordentliche und anständige Deutsche Volk sprechen.

Evtl. erklären Sie mir an dieser Stelle

wer Sie tatsächlich sind?
Welche Volkszugehörigkeit besitzen Sie?

Auch Bundespräsident **Köhler ist kein Deutscher**. Nach meinen Recherchen stammen seine Eltern aus Moldawien und er selbst ist in Polen geboren. Unabhängig davon, welchen Ausweis Herr Köhler besitzt, stammt er vermutlich **aus dem Volke Rußlands**. Wieso hat er überhaupt einen Regierungsposten in der BRD?
(Gibt es in der Regierung der BRD überhaupt Deutsche?)

Wer hat Ihnen, Frau Merkel, den Floh ins Ohr gesetzt, eine Klage in Den Haag zur Abwendung von Ansprüchen aufgrund von Kriegsschäden einzureichen?
Nun ja, jeder blamiert sich so gut er kann.

Sie wissen nur zu gut, daß die BRD/BRDdvD niemals Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches gewesen ist und in Zukunft auch nicht werden kann.

Wenn Ihnen diese Tatsache nicht bekannt wäre, müßten Sie nicht den Unterschied zwischen

Innen und Außen

machen, der Ihnen in der Vergangenheit so sehr schwer gefallen ist.

Ihre Gästebucheintragung in Yad Vashem am 18.3.2008 beweist, daß die BRD nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches ist, denn dann müßte logischerweise die BRD die Verantwortung für Israel übernehmen und nicht Deutschland Warum schreiben Sie aber, Deutschland übernähme die Verantwortung für Israel?

Frau Merkel, einigen wir uns aufgrund der politischen Situation im Lande darauf:

Nicht Deutschland (das Deutsche Reich), sondern
Sie ganz alleine übernehmen die Verantwortung für Israel.
Selbstverständlich ist es Ihr Recht, mit Israel die Zukunft zu gestalten –
aber bitte, finanzieren Sie die Zukunft von Ihrem Geld!

Sie sind nicht der Vertreter der Deutschen. Sie sind lediglich der von den Alliierten eingesetzte Hausverwalter auf dem Grund und Boden des Deutschen Reiches.

Weder Amerika noch Rußland glaubt, für verursachte Kriegsschäden haften zu müssen. ---- Wenn das nicht irrig ist. – Warten wir also ab!

Auch Ihre Liebesbezeugungen gehören in ein Kämmerlein und nicht in die Öffentlichkeit. Privat können Sie tun, was Sie wollen, aber solches Verhalten in der Öffentlichkeit, und das in Ihrem Alter, läßt nicht auf einen charaktervollen Menschen, und schon gar nicht auf eine „Staatsfrau“ schließen.

Am 20.9.2006 fragte Bild.de:

Ist Deutschland reif für einen schwulen Kanzler?

Nein, Frau Merkel, **Deutschland** ist **nicht** reif für einen schwulen Kanzler, **sondern die BRD**.

Deutschland erwartet auch von einer Kanzlerin eine der Position entsprechende Kleiderordnung und ein taktvolles und vorbildliches Verhalten, und das besonders in der Öffentlichkeit.
Eine „Kanzlerin“, die sich dieser Verantwortung nicht bewußt ist, kann niemals Kanzlerin für Deutschland sein.

Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis!

Sie wissen:

die BRD/Bundesrepublik Deutschland
ist nicht
Deutschland

Sie repräsentieren die BRD, und sind damit der Kriegsgegner Deutschlands;
wie wäre Ihr Verhalten sonst zu erklären!

Und nun erklären Sie mir bitte, was Sie mit den folgenden Chaos-Aussagen in Ihren Gesetzestexten bezwecken:
Wieso ist der Dienstherr lt. Bundesbesoldungsgesetz das „Reich“ (das Deutsche Reich)

Die BRD ist nicht Rechtsnachfolger des Dt. Reiches

Die BRD unterhält keine Körperschaft des öffentl. Rechts

Das Deutsche Reich ist nicht Mitglied der EU

Deutsche zahlen an die EU Reparationen

Bundesministerium der Justiz

juris

Bundes-besoldungsgesetz

§ 29 Öffentlich-rechtliche Dienstherren

(1) Öffentlich-rechtliche Dienstherren im Sinne dieses Gesetzes sind **das Reich**, der Bund, die Länder, die Gemeinden (Gemeindeverbände) und andere Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts mit Ausnahme der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihrer Verbände.

(2) Der Tätigkeit im Dienst eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn stehen gleich:

1. für Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Union die ausgeübte gleichartige Tätigkeit im öffentlichen Dienst einer Einrichtung der Europäischen Union oder im öffentlichen Dienst eines Mitgliedstaates der Europäischen Union und

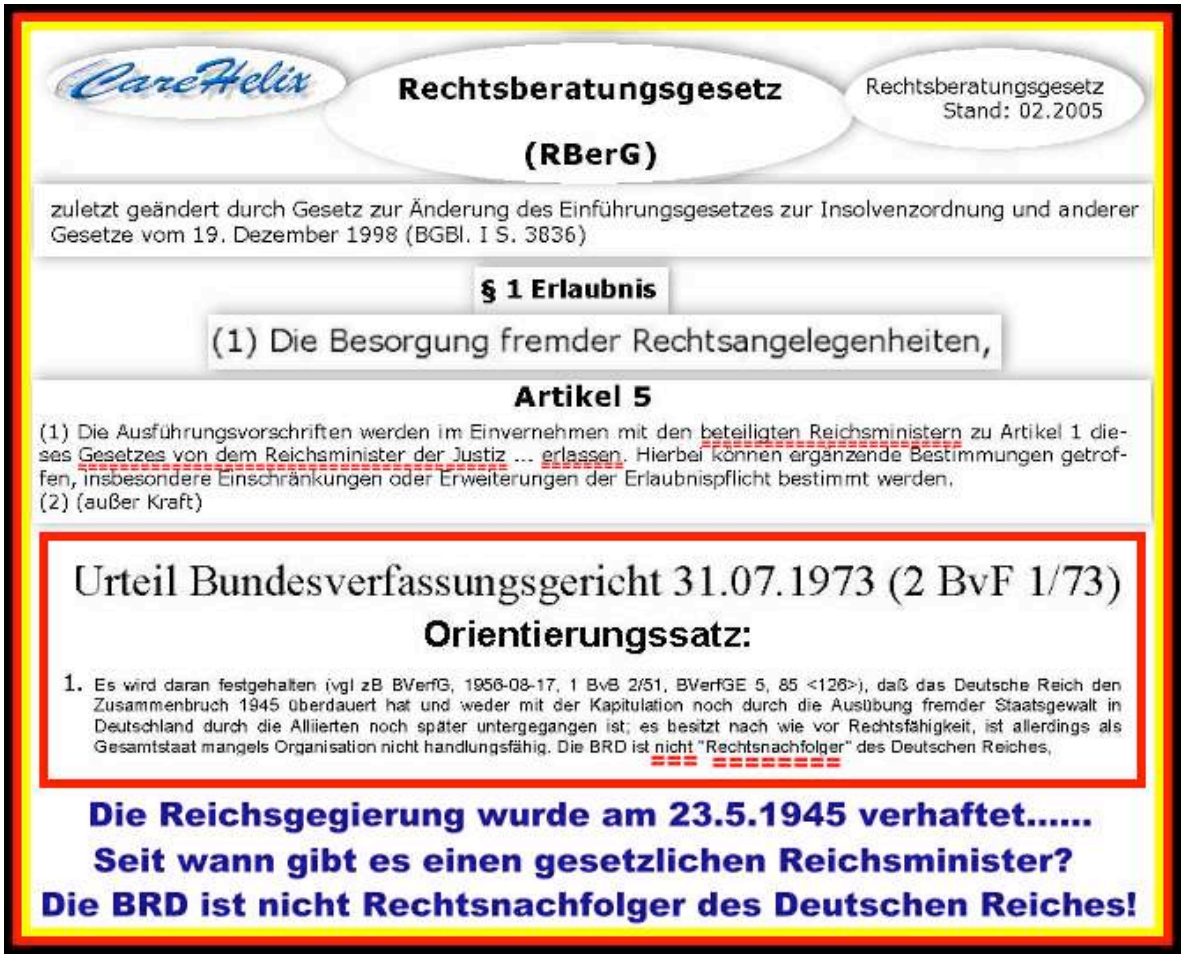
2. die von volksdeutschen Vertriebenen und Spätaussiedlern ausgeübte gleichartige Tätigkeit im Dienst eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn ihres Herkunftslandes.

Die z.B. BRD-GmbH Frankf/M = Körperschaft des privaten Rechts

Wie kommt das Bundes-Just-Min zu dieser Veröffentlichung?

Wieso wurde das Rechtsberatungsgesetz Stand 2/05 von dem Reichsminister der Justiz ……erlassen – welche Reichsminister waren daran beteiligt?
Wie heißen diese Reichsminister und wo haben diese Reichsminister ihren Sitz?

Beabsichtigen Sie über Nacht die BRD in das Deutsche Reich zu verwandeln und planen Sie tatsächlich, Ihre sämtlichen willigen Hilfsvasallen wieder als Diener des Deutschen Reiches einzusetzen?



CareHelix

Rechtsberatungsgesetz

(RBerG)

Rechtsberatungsgesetz
Stand: 02.2005

zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zur Insolvenzordnung und anderer Gesetze vom 19. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3836)

§ 1 Erlaubnis

(1) Die Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten,

Artikel 5

(1) Die Ausführungsvorschriften werden im Einvernehmen mit den beteiligten Reichsministern zu Artikel 1 dieses Gesetzes von dem Reichsminister der Justiz ... erlassen. Hierbei können ergänzende Bestimmungen getroffen, insbesondere Einschränkungen oder Erweiterungen der Erlaubnispflicht bestimmt werden.
(2) (außer Kraft)

Urteil Bundesverfassungsgericht 31.07.1973 (2 BvF 1/73)

Orientierungssatz:

1. Es wird daran festgehalten (vgl zB BVerfG, 1956-08-17, 1 BvB 2/51, BVerfGE 5, 85 <126>), daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist; es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig. Die BRD ist nicht "Rechtsnachfolger" des Deutschen Reiches,

Die Reichsgegierung wurde am 23.5.1945 verhaftet.....
Seit wann gibt es einen gesetzlichen Reichsminister?
Die BRD ist nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches!

Rußland – Polen – Belgien usw., sie alle scheinen sich auf die Rückgabe der Deutschen Reichsgebiete vorzubereiten.
Von daher macht die Aussage des Fürsten von Liechtenstein vom 11.9.2008 Sinn.

Große Angst vor dem „vierten Reich"

Von Tobias Peter, 11.09.08, 17:11h, aktualisiert 11.09.08, 18:38h

Kleines Land, große aggressive Worte: Der Fürst von Liechtenstein, Hans-Adam II., hat Deutschland scharf angegriffen und von einem vierten Reich gesprochen. Liechtenstein habe in den letzten 200 Jahren schon „drei Deutsche Reiche" überlebt. Es hoffe, auch noch das vierte zu überleben.

11.09.2008 11:38 Uhr

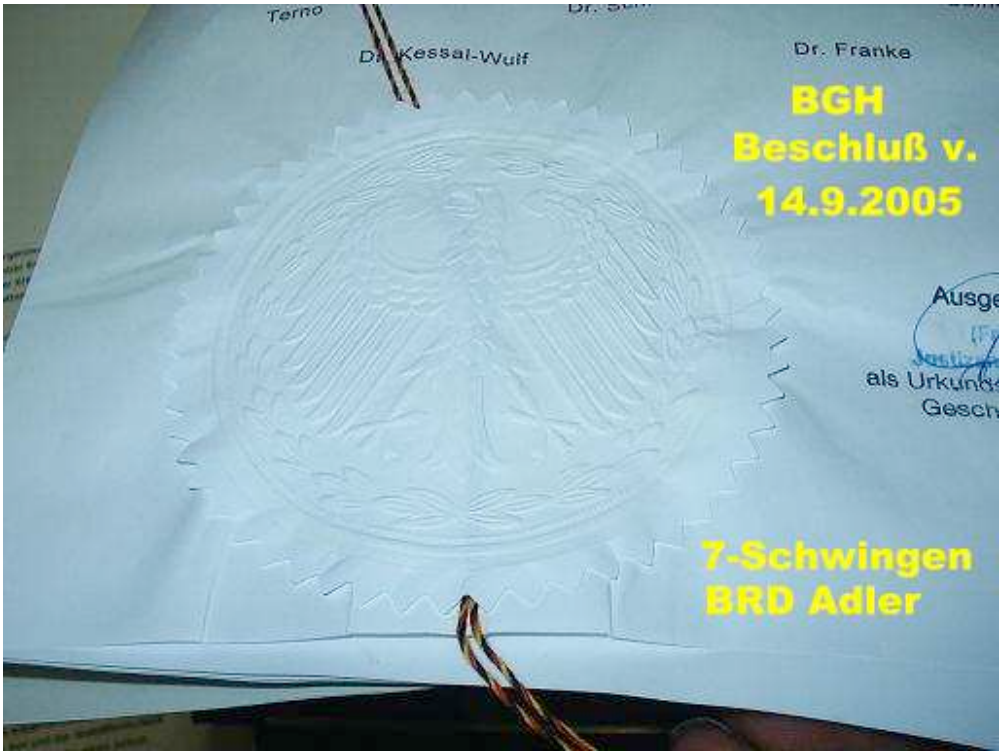
Liechtenstein

Fürst nennt BRD "Viertes Reich"

Vaduz Vaduz

FUERSTENTUM LIECHTENSTEIN

Unter dem Gesichtspunkt der Umfirmierung machen auch die div. Adler beim BGH, BFH, auf dem „Personal“-Ausweis und auf den KFZs der Bundeswehr lt. Bundeswehrzulassungstelle Sinn:



Von daher würde oberflächlich betrachtet auch eine Klage in Den Haag Sinn machen……., obwohl juristisch gesehen Ihnen niemals Erfolg beschieden sein kann. Anstatt das Chaos zu bereinigen, produzieren Sie ständig neues Chaos.

Unterlassen Sie solche Klimmzüge.

Wollen Sie tatsächlich am Tage X sagen:

> „Och, wir sind doch immer das 3. Deutsche Reich gewesen.
> Und darum haben wir zur Abwendung von Ansprüchen eine
> Klage in Den Haag eingereicht!“

Lesen Sie die Pressmitteilung aus der Schweiz:
Nicht Deutschland war der Kriegsverursacher; nach dem Verursacherprinzip werden sich die Angreifer den Schadenersatzansprüchen der Deutschen nicht widersetzen können…….., unabhängig von Den Haag.

Der 8. Mai 2005 und seine Ursprünge

Fritz Schenkin, Frankenfeld

Die Wurzeln dieses Datums liegen weit zurück. Margaret Thatcher, zuletzt Premierministerin im Königreich, sagte 2001 auf einem Parteitag der Konservativen in England:[1] «…nach meiner Auffassung befindet sich England seit 1871 mit Deutschland im Kriegszustand.» Das kommt nicht von ungefähr. Der deutsche Sieg über den von Frankreich an Deutschland erklärte Krieg 1870 machte Deutschland zur zweitgrössten Industriemacht in der Welt. Dies konnte von Britannien nicht geduldet werden. Die Mächte hinter den Kulissen begannen von Stund an zielgerichtet auf die Vernichtung dieses lästigen Konkurrenten hinzuarbeiten. Das konnte nur durch einen Krieg geschehen.

Nach Thatcher dauert der Kriegszustand also von 1871 bis heute. Noch besteht kein Friedensvertrag, so geht das immer weiter. Da noch immer die Feindstaatenklausel der «alliierten Sieger» gilt, sind das bis heute 135 Jahre! Und wie in den letzten Jahren zu sehen war, fordern die «Befreier» seit 50 Jahren nicht nur Material und Geld vom deutschen Volk, sondern neulich auch Söldner für ihre weltweiten Kriegsabenteuer (Afghanistan, Irak u. a.). Oder zumindest die Übernahme der Kriegskosten. Eine Chuzpe – oder was?

Erinnerung ist angesagt! Wahrheit auch?

Wie schrieb der US-Journalist Lippmann: «Erst wenn die Kriegspropaganda der Sieger Eingang in die Geschichtsbücher der Besiegten gefunden hat und von der nachfolgenden Generation auch geglaubt wird, kann die Umerziehung als gelungen angesehen werden.»[2] «Kaum einer weiss, dass Deutschland bis heute vertraglich gebunden ist, sich an die Geschichtsschreibung der Siegermächte zu halten. (…) die Verpflichtung Deutschlands, die eigene Geschichte durch eine fremde Brille zu sehen, wurde 1990 vertraglich im «Zwei-plus-vier Vertrag» verlängert![3]

Wer also vom Kriegsende 1945 vom Tag der «Befreiung» spricht, der verhöhnt die heutigen Zustände.

So wollen wir uns guter Dinge Aussprüche untadeliger Menschen anhören und uns darüber Gedanken machen. Die von Margaret Thatcher angesprochene Zeit vor 1900 brachte schon einige bedenkliche Zeitungsnotizen aus England:

Die *Saturday Review* berichtete am 24.8.1895: «Vor allem gilt doch, dass wir Engländer bisher stets gegen unseren Hauptbewerber in Handel… Krieg

geführt haben… Bei einem Krieg mit Deutschland kämen wir in die Lage, viel zu gewinnen und nichts zu verlieren.[4]

Sir Peter Mitchell berichtete in der *Saturday Review* am 1.2.1896: «Wäre morgen jeder Deutsche beseitigt, es gäbe kein englisches Geschäft, das nicht sofort wüchse… Macht Euch fertig zum Kampf gegen Deutschland, denn *Germania est delenda* (Deutschland muss vernichtet werden).»[5]

Dieselbe Zeitung berichtete am 11.9.1897: «Wenn Deutschland morgen aus der Welt vertilgt würde, gäbe es übermorgen keinen Engländer, der nicht reicher wäre als heute… *Germania esse delendam* (Deutschland sei zu zerstören). Wenn das Werk vollendet ist, können wir Frankreich und Russland zurufen: Nehmt Euch von Deutschland was Ihr haben wollt.»[6]

Der Weltkrieg begann bekanntlich 1914, in welchen Deutschland aus Bündnistreue zu Österreich verwickelt wurde. Interessant ist aber die Tatsache, dass der im Versailler Vertrag festgeschriebene § 231 befahl: Deutschland hat die «Alleinschuld» am Kriege anzuerkennen.

Die wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründe für diesen Krieg nannte 1919 der engl. Premier Lloyd George: «Das meiste auf das wir aus waren, ist uns zugefallen. Die deutschen Kriegsschiffe sind ausgeliefert, die deutschen Handelsschiffe sind abgeliefert, die deutschen Kolonien haben aufgehört zu sein, der eine unserer Hauptbewerber im Handel ist zum Krüppel geschlagen.»[4] Dazu wurde noch nach dem Kriegsende eine Hungerblockade über Deutschland verhängt! Mit verheerenden Folgen!

1919 urteilte der italienische Ministerpräsident Nitti über den Versailler Vertrag «… dass man nicht den Frieden wollte, sondern darauf ausging, Deutschland zu erwürgen und zu zerstückeln… Die Reparationspolitik ist der verabscheuungswürdigste Betrug… Ganz Europa ist balkanisiert worden…»[7]

1921 sagte der als rücksichtloser Politiker bekannte Georges Clemenceau (1906 – 1909 und 1917 – 1920 Ministerpräsident Frankreichs): «Der Krieg war nur die Vorbereitung, die Vernichtung des deutschen Volkes fängt jetzt erst an.» Und weiter: «Es gibt zwanzig Millionen Deutsche in Europa zu viel.»[6] [Die Mehrheit der deutschsprachigen Schweizer scheint noch nicht begriffen zu haben, dass sie ihrer Abstammung nach auch zum deutschen Volk gehört, dessen Vernichtung durch «multikulturelle» Einbürgerungen planmässig andauert.]

Theodor Heuss, erster Bundespräsident der BRD, sagte zu jener Zeit sinngemäss: «Die Wurzeln des Nationalsozialistischen Staates und der Aufstieg Hitlers liegen in Versailles.» Pikanterweise ist zu lesen,[8] dass Hitler bereits Ende der zwanziger Jahre von der jüdischen Hochfinanz 128 Millionen Reichsmark überwiesen bekam; die holländisch-britische Ölfinanz legte noch weitere 5 Millionen RM dazu, sonst hätte er schwerlich mit einer Junkers 52 seine Wahlreisen machen können!

Bekanntlich kam Hitler ganz legal durch Wahlen im Januar 1933 an die Macht. Doch schon 1932 sagte Bernhard Lecache, Präsident der jüdischen Weltliga:

«Deutschland ist unser Staatsfeind Nummer eins. Es ist unsere Sache, Deutschland erbarmungslos den Krieg zu erklären.» Das war die erste von mehreren jüdischen Kriegserklärungen an Deutschland. Hier stellt sich einmal mehr die noch unbeantwortete Frage, warum Juden Hitler finanzierten, um ihn an die Macht zu bringen?

Die zweite Kriegserklärung erfolgte zwei Tage nach Hitlers Machtübernahme am 1. Februar 1933 durch den Juden Henry Morgenthau: «Die USA sind in den Abschnitt des zweiten Weltkrieges eingetreten.»[9] Eine dritte Kriegserklärung meldete der *Daily Express* am 24.3.1933: «Das israelische Volk der ganzen Welt erklärt Deutschland wirtschaftlich und finanziell den Krieg. 14 Millionen Juden stehen zusammen wie ein Mann, um Deutschland den Krieg zu erklären.»[9] Noch eine vierte Kriegserklärung kam am 7.8.1933 von Samuel Untermayer (auch Untermyr geschrieben), dem Vertreter des *World Jewish Economic Federation* (Jüdische Welthandels Vereinigung): «Wir rufen zum Heiligen Krieg gegen Deutschland auf.»[9] Wenig später, am 14.2.1934 unterstellte er Deutschland, Schleichhandel bzw. Schmuggel («contrebande») zu betreiben. «Als Ergebnis dieses [...] Verhaltens [der US-Regierung] sind unsere amerikanischen Geschäfte mit in Deutschland hergestellten Waren überflutet, die in unser Land geschmuggelt worden sind. (Allerdings ist die heutige Marktwirtschaft zum sogenannten Globalismus pervertiert, ohne dass die *Jüdische Weltliga* noch der *World Jewish Economic Federation* auch nur einmal dagegen protestiert hätten. Seltsam!) Untermayers Hetzrede gipfelte in der Forderung, den Handel von in Deutschland hergestellten Gütern vom Handel auszusperren. Die laxe Haltung der amerikanischen Regierung «spiele damit direkt in die Hände dieser ausserhalb der Gesetze stehenden [Deutschen] Regierung...».[10] Eine fünfte Kriegserklärung erfolgte am 6.9.1939 durch Dr. Chaim Weizmann an das Deutsche Reich.[9] Von diesen fünf ungeheuerlichen Kriegserklärungen wusste die deutsche Bevölkerung nichts. Die deutsche Presse druckte damals so etwas nicht! Heute auch nicht! (Was hat sich geändert?)

Andere Stimmen sind auch zu bedenken: Lord Vansittart (British Foreign Office) 1933: «Wenn Hitler Erfolg hat, wird er innerhalb von fünf Jahren einen Europäischen Krieg bekommen.»[6] Cohn, Emil Ludwig im Juni 1934: «Hitler will nicht den Krieg, aber er wird dazu gezwungen werden.»[6] Churchill 1936: «Wir werden Hitler den Krieg aufzwingen, ob er will oder nicht.»[2] Churchill 1938 zum [1932 abgewählten Reichskanzler] Brüning: «Was wir wollen ist die restlose Vernichtung der deutschen Wirtschaft.»[6]

Also war es kein deutscher rassistischer Krieg, auch kein Ausrottungskrieg gegen wen auch immer, sondern ein Wirtschaftskrieg. Da die Hochfinanz[11] die Wirtschaft regiert, war das der gewollte Krieg der «Hintergrundmächte», die Fortsetzung des Versailler Diktates von 1918.

Auch polnische Stimmen arbeiteten auf einen neuen Krieg hin: Im Mai 1939 erklärte der polnische Kriegsminister Kasprzycki in Paris: «... wir beabsichtigen, einen Bewegungskrieg zu führen und von Beginn der Operationen an in Deutschland einzumarschieren.[6] Marschall Rydz-Smigly auch 1939: «Polen will den Krieg mit Deutschland und Deutschland wird ihn nicht vermeiden können, selbst wenn es das wollte.»[6] 10. August 1939 in der

Warschauer Depesza: «Wir sind gerne bereit, mit dem Teufel einen Pakt abzuschliessen, wenn er uns im Kampf gegen Hitler hilft. Hört Ihr – gegen Deutschland, nicht nur gegen Hitler. Das deutsche Blut wird in einem kommenden Krieg in solchen Strömen vergossen werden, wie dies seit Entstehung der Welt noch nie gesehen worden ist.»[6]

Am 1. September 1939 begann der Krieg gegen Polen. Am 3. September erfolgte die Kriegserklärung von England und Frankreich an Deutschland. Lord Halifax, der britische Aussenminister am 3. September 1939: Jetzt haben wir Hitler zum Krieg gezwungen, so dass er nicht mehr auf friedlichem Wege ein Stück des Versailler Vertrages nach dem anderen aufheben kann.»[6]

Nach 18 Tagen war die polnische Armee besiegt, ohne dass die vertragsmässigen Versprechen zur Kriegshilfe von England oder von Frankreich eingelöst worden wären. Im Jahre 1940 fand dann der Blitzkrieg gegen Frankreich statt, der mit der vollkommenen Niederlage der «Grande Nation» endete. Die verbündeten englischen Truppen waren bei Dünkirchen tödlich eingekesselt. Hitler hat sie wohlwollend «entweichen lassen», um Britannien für Friedensgespräche bereit zu machen. Als Antwort auf sein Friedensangebot erhielt er eine höhnische Ablehnung, weil man in England schon die US-Zusage für deren Kriegseintritt hatte. Der deutsche Friedenswille war dennoch deutlich geworden, besonders als der Stellvertreter des Führers Rudolf Hess am 10. Mai 1941 seinen Englandflug startete, der das Ziel hatte, den Frieden herzustellen. Hess war bis zu seinem Tode in Spandau von den Alliierten eingesperrt. Er sollte niemals frei über die turbulenten Ereignisse von 1941 sprechen dürfen, als der Ausgang des Krieges noch völlig offen war. Und so nahm der 93jährige Rudolf Hess sein grosses Geheimnis im August 1987 mit ins Grab.[12] Wie englische Geheimdienststellen behaupten, soll sich Hess nach 40 Jahren Einzelhaft in seiner Zelle erhängt haben. Die Wahrheit sieht allerdings anders aus: Weil man die Kosten für das Spandauer Gefängnis und die Wächter für den einzigen Gefangenen nicht mehr zu zahlen bereit war, sollte Hess auf Drängen Gorbatschews freigelassen werden. Das galt es zu verhindern. Die nicht mehr unterzukriegenden jährlichen Hess-Gedenkfeiern erinnern an seinen Friedenswillen.

Churchill im November 1939: Rundfunkansprache an das englische Volk: «Dieser Krieg ist ein englischer Krieg, und sein Ziel ist die «Vernichtung Deutschlands». Man beachte: Nicht «die Vernichtung Hitlers» (!) sondern die Vernichtung Deutschlands. (Wir verweisen die Leser auch auf die Memoiren Churchills: Unterredung mit Stalin (August 1942) über die planmässige Bombardierung der deutschen Zivilbevölkerung).[13]

Es ist wenig bekannt, dass schon 1936 ein deutscher Emigrant, Frederic Lindemann, sich Churchill andiente, um Flächenbombardements (gegen alles Völkerrecht) in ihrer Wirksamkeit zu untersuchen.[14] Man rechnete kühl aus, wie viele Tote zu erzielen wären und wie viele Wohnhäuser zerstört werden könnten… Lindemann wurde dafür noch «geadelt»; er durfte sich von da an Lord Cherwell nennen!

Wer hatte sich also schon früh auf den «Weltkrieg» vorbereitet? Deutschland, das seinen fünf Millionen Arbeitslosen der dreissiger Jahre wieder Arbeit gab,

oder Grossbritannien, das schon 1936 einen diabolischen Vernichtungskrieg durch Flächenbombardements und höllische Feuerstürme, die das Teer auf den Strassen zum Schmelzen brachten, von Lord Cherwell planen liess?

Die «Vernichtung Deutschland als Programm», wie das aus den verschiedensten Zitaten weiter oben zu lesen ist. Ein seit langer Zeit teuflisch durchdachter Plan liegt all diesen Ereignissen zu Grunde. Es müssen heute in den westlichen sogenannten Demokratien unter Strafandrohung «Offenkundigkeiten» geglaubt werden, die wissenschaftlich keine Stütze haben, sonst würde man nicht die freie Meinungsäusserung mittels «Volksverhetzungsparagraphen» oder «Antirassismusgesetzen» unterbinden.

Ein Kriegsgrund, der sich in der NS-Zeit erst herausbildete, war dann auch die Einführung der sogenannten «Arbeitswährung». Das darauf beruhende Wirtschaftssystem hätte eine verheerende, gar tödliche Wirkung für manche gehabt. Die in der Wall Street herrschende Weltmacht des Kapitals[11] wäre durch die deutsche Arbeitswährung machtlos geworden! Die Aussenhandelsmethoden beruhten auf einfachem Tauschhandel: Industrieprodukte gegen Rohstoffe. Und das alles ohne zinspflichtige Kredite, welche alle Länder in Staatsschulden und in das damit einhergehende Elend treiben.

Nach dem Kriegsausbruch verhandelte eine als Opposition getarnte SS-Gruppe mit Vertretern des englischen Geheimdienstes im Spätherbst 1939 … über die Bedingungen zur Beendigung des Krieges. Nach einem Bericht des *Westdeutschen Beobachters* stellte die britische Regierung folgende Bedingungen:

1. **Beseitigung Hitlers und eine neue, England genehme Regierung [der Irak lässt grüssen!];**
2. **Aufgabe der derzeitigen deutschen Wirtschaftspolitik!**
3. **Rückkehr Deutschlands zur «Goldwährung»! Da die britische Regierung kein Bankhaus war, konnte sie an der Goldwährung kein Interesse gehabt haben. Aber die Hochfinanz im Hintergrund, für die der Krieg geführt wurde, hatte Englands Regierung wohl den richtigen Weg gewiesen.**

Da Deutschland nicht in die Zinsknechtschaft einwilligte, ging der Krieg gegen das Deutsche Reich weiter. Wie viele Tote, Verwundete, Verkrüppelte, Taube und Blinde es auch geben würde, interessierte die Kriegstreiber nicht. So konnte der «Dreissigjährige Krieg» des vergangenen Jahrhunderts seinen letzten Abschnitt nehmen. Der Ausdruck wurde von John Major anlässlich seiner Gedenkrede zum 50 Jahrestag des Kriegsendes 1995 im Berliner Schauspielhaus geprägt. Er sagte: «Vor 50 Jahren erlebte Europa das Ende des Dreissigjährigen Krieges von 1914 bis 1945…» Die Deutsche Presseagentur (dpa) brachte diesen Text über ihre Nachrichtenticker. Die anderntags erschienenen Meldungen der gleichgeschalteten Presse machte daraus: «Vor 50 Jahren erlebte Europa das Ende von dreissig Jahren, die nicht

einen, sondern zwei Weltkriege einschlossen…» Diese Fassung, so dachte sie sich, wird vom umerzogenen deutschen Volk gedankenlos akzeptiert werden. Bei den meisten hat es tatsächlich geklappt! Denn wie sonst könnte es «politically correct» möglich sein, dass in einem von 1914 bis 1945 dauernden Krieg Deutschland 1939 plötzlich aus dem Nichts heraus auch noch einen zusätzlichen Krieg gegen die hochgerüsteten Alliierten beginnen konnte. Wenn sich am 8. Mai dieses Jahres das Ende des Krieges zum 60. Mal jährt und jener Tag als Befreiung gefeiert und der Nationalsozialismus als Diktatur bezeichnet wird, dann müssen Sie sich einfach das oben Gesagte in Erinnerung rufen, um hinter der angeblichen Demokratie die wahre Diktatur zu erkennen.

1948 schrieb Generalmajor J. F. C. Fuller in «The Second World War»: «Nicht die politischen Lehren Hitlers haben uns in den Krieg gestürzt; Anlass war sein Erfolg, eine neue, kräftig wachsende Wirtschaft aufzubauen. Die Wurzeln des Krieges waren Neid, Gier und Angst.»

Fussnoten

1 Ostpreussenblatt 28.4.2001

2 Fritz Hippler, «Korrekturen»

3 Kopp-Aktuell 47, Seite 22

4 Emil Maier-Dorn, «Zu Weizsäckers Ansprache vom 8. Mai 1985»

5 David Hoggan, «Meine Anmerkungen zu Deutschland», Grabert Verlag, Tübingen

6 W. Symanek, «Deutschland muss vernichtet werden»

7 Hugo Welems, «Das Jahrhundert der Lüge»

8 «Von der Wall Street gekauft – Die Finanzierung Hitlers durch ausländische Finanzmächte», VZD-Verlag

9 Der Bismark-Deutsche Nr. 5 und 6, Seite 4 bzw. 19

10 Dipl. pol. Udo Walendy, in «Historische Tatsachen» Nr. 54, S. 17 – Verteidigung oder internationale Aggression?

11 Eustace Mullins u. Ronand Bohlinger, «Die Bankierverschwörung – Die Machtergreifung der Hochfinanz und ihre Folgen».

12 Martin Allen, «Churchills Friedensfalle», S. 374

13 Dr. H. Splittgerber, «Misshandelte Zeitgeschichte»

14 Dr. Paul Berlin, «8. Mai – Befreiung oder Katastrophe?»

Empfehlenswert: Paul Rassinier, «Die Jahrhundert Provokation», «Wie Deutschland in den Zweiten Weltkrieg getrieben wurde», Grabert Verlag, Tübingen

Und nun würde ich Ihnen die folgenden Bücher ans Herz legen, aus denen ich Ihnen einige Seiten eingescannt habe:

die BRD wolle keine Einheit/keine Nationalversammlung

die BRD ist *nicht* Deutschland. Berlin ist und bleibt Reichshauptstadt

„Die BRD und die DDR hatten den Auftrag, das Nötige für die Einheit zu tun. Der erste Schritt wäre gewesen, eine Nationalversammlung einzuberufen, damit das Volk darüber abstimmen kann, ob es die Weimarer Verfassung möchte, oder ob eine neue Verfassung ausgearbeitet werden musste. Aber diese Nationalversammlung hätte unter Einbezug aller Deutschen im Gebiet von 1937 stattfinden müssen. Mit einem Schlag hätte die Welt begriffen, dass die angeblichen Polen in den Deutschen Ostgebieten - jenseits der Oder-Neiße-Linie - weiterhin Deutsche waren und abstimmungsberechtigt sind.

Die Republik Polen selbst wäre mit der BRD an den Pranger gestellt und sehr wahrscheinlich gesteinigt worden. Denn wo bitte schön, blieb das Selbstbestimmungsrecht? Es blieb auf der Strecke. Jedenfalls war die Verfassung von Weimar die einzige Rechtsgrundlage für die Deutschen in einem Deutschland als Ganzes. Freilich gab es Übergangsfristen, nur hatten die BRD und die DDR sich nicht daran gehalten. Die letzte Frist zur Herstellung des vereinten Deutschland gemäß alliierter Vorgaben endete am *31. Dezember 1994*. Über den angeblichen Beitritt der DDR zur BRD schmunzelten zu anfangs die Alliierten noch.

Deshalb schreit die BRD nach der EU-Verfassung, die jetzt *Grundlagenvertrag* heißen soll; deshalb sind über 70.000 US-Soldaten in Deutschland weiterhin stationiert; deshalb gleicht die US-Botschaft in Berlin einer Festung - und deshalb wird die BRD bis zum Tag X zu Kreuze kriechen, damit das bundesdeutsche Lämmervolk von den Fakten nichts erfährt."

Das Deutschland Protokoll Seite 142 bis 147

die BRD ist nicht Deutschland

Berlin ist und bleibt Reichshauptstadt

BRD Gesetze sind für Deutsche exterritorial

„Man muss aber auch berücksichtigen, dass bundesdeutsche Juristen mit alliiertem Recht überhaupt nicht vertraut sind",

Und heute ist es soweit, dass wirklich nur noch eine handvoll Juristen - wenn es noch so viele sind - in der Lage wären, das fortbestehende alliierte Recht umzusetzen und anzuwenden.

weil der Großteil bundesdeutscher Juristen tatsächlich dem Wahn verfallen ist, die BRD sei ein souveräner Staat. Mit eurer angeblichen bundesdeutschen Justiz ist es daher denkbar schlecht bestellt: Kein bundesdeutscher Richter, Rechtsanwalt, Staatsanwalt und Notar ist von daher kompetent, wirklich Recht zu sprechen - wenn wir von deren Illegalität mal ganz absehen. Aber kein Grund zur Panik: Zwar wird die Bundesrepublik mit allen süffisanten Tricks diese Tatsache leugnen, aber jeder Deutsche steht gemäß den folgenden, von der BRD Höchstselbst verabschiedeten Gesetzen, der BRD exterritorial gegenüber:"

- *bürgerrechtlich gem. Art. 50, Abs. 1 EGBGB vom 29.11.1952 BGBl. 1 S. 780, bereinigt S. 843*
- *allgemein- und verwaltungsrechtlich gem. § 3, Abs. 1 FGG vom 12.09.1950 BGBl. S 455*
- *strafprozessrechtlich gem. § 11, Abs. 1, Satz 1, StPO vom 07.04.1987*
- *BGBl. I, S. 1074, bereinigt S. 1319*
- *Zivilprozessrechtlich gem. § 15, Abs. 1, Satz 1, ZPO vom 12.09.1950*
- *BGBl. I, S. 533, und*
- *gerichtsverfassungsrechtlich gem. § 71, Abs. 2, Satz 1, und gem. § 20, Abs. 1 GVG vom 09.05.1975 BGBl. I, Seite 1077*

Das Deutschland Protokoll Seite 177

Die untergegangene BRD schließt Verträge

Betrug - Betrug

Die untergegangene BRD

Beschluss der Volkskammer über den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland vom 23. August 1990

„Es musste offenbar eine heillose Panik unter den deutschen Vertretern nach dem *17. Juli 1990* ausgebrochen sein, denn wie ließe es sich sonst erklären, dass sich beide Seiten in bisher nie da gewesener Weise in trauter Eintracht zusammenfanden, wo sich doch beide Systeme bis aufs Blut über Jahrzehnte angefeindet hatten?"

„Und beide Seiten wußten, dass ihr Vertrag nichts wert war."

Betrug - Betrug

Das Deutschland Protokoll Seite 139 + 140 + 141

„Die Welt wird von ganz anderen Personen regiert, als diejenigen es sich vorstellen, die nicht hinter den Kulissen stehen."

Benjamin Disraeli, englischer Politiker 1844

Gesetzgebung der BRD verlor an Bedeutung

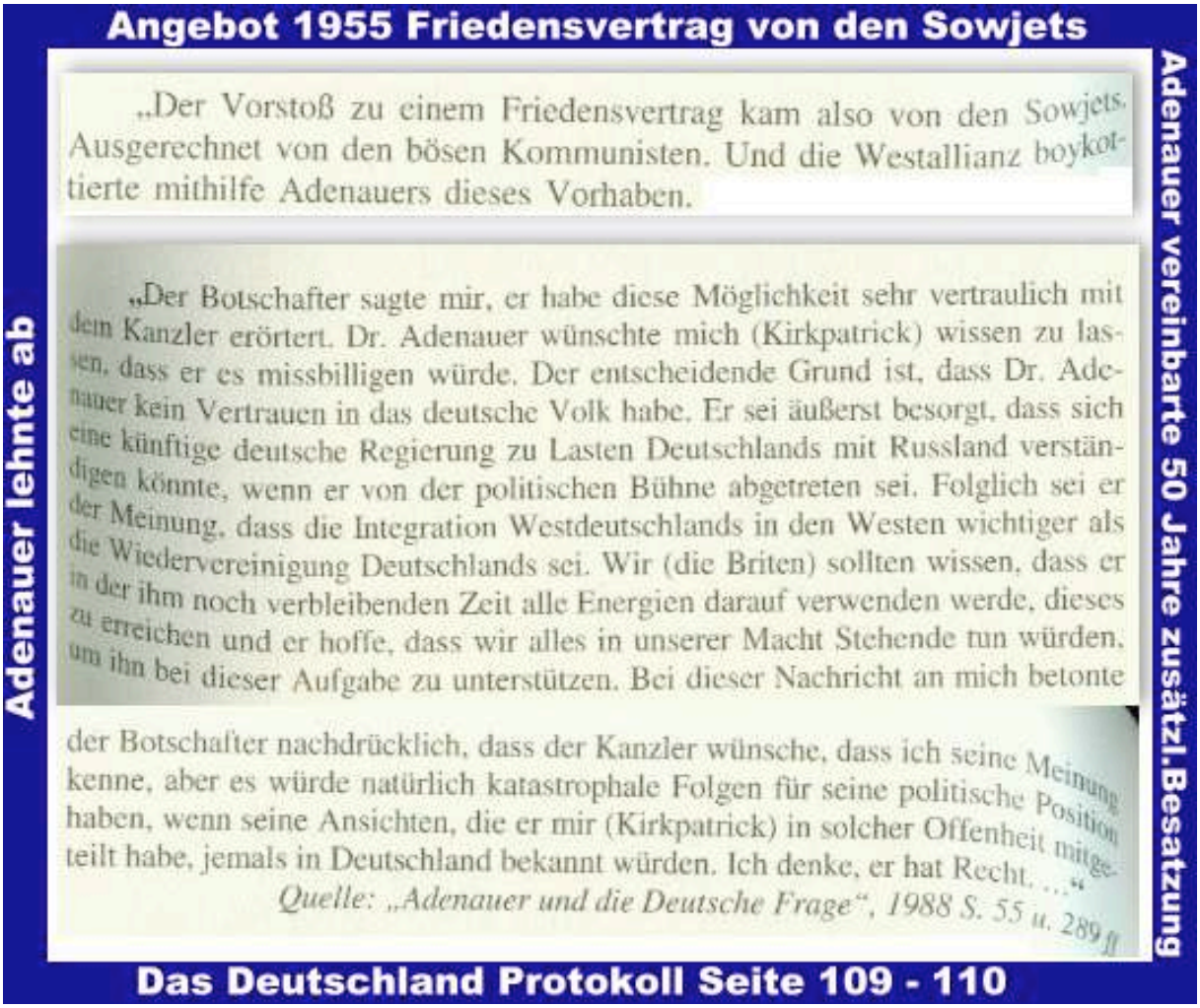
Streichung Art. 23 GG a.F. mit Wirkung 17./18.7.1990

Da die Vorgaben der internationalen Rechtsprechung klar sind, reagierten vorab Baker und Schewardnadse: Die BRD und die DDR wurden aufgelöst. Wäre die BRD ein Staat mit eigener Verfassung gewesen, so hätte über die Streichung des Art. 23 Grundgesetz im Bundestag durch Volksentscheid entschieden werden müssen. In der DDR hätte es einer Volksabstimmung bedurft, um ihre Verfassung außer Kraft zu setzen. Nichts von alledem geschah, weil es nicht geschehen musste. Der Besatzer hat das Recht, erlassene Gesetze usw. jederzeit wieder zu ändern oder sie aufzuheben und ist nicht rechenschaftspflichtig gegenüber dem Besetzten. Mit der Streichung des territorialen Geltungsbereiches der BRD verlor deren Gesetzgebung an Bedeutung, während mit der Auflösung der Staatsverfassung der DDR diese ebenfalls ihre Existenzberechtigung mit Ablauf des *17. Juli 1990* verlor. Es entstand ein neuer Status Quo, ein neues besatzungsrechtliches Mittel: Das vereinte Deutschland. Es wurde damit aber nur der Teil Deutschlands wieder zusammengeführt, wie er *vor* der Errichtung der BRD und der DDR unter der Rechtshoheit des Kontrollrats für Deutschland bestand.

Kohl und Genscher wollten den Mauerfall nicht

Noch vor dem Mauerfall ließ der Kanzler der Einheit *Dr.* Helmut Kohl Honecker wissen, dass dieser die Mauer bitte nicht fallen lassen solle. Honecker selbst war auch nur eine Marionette und hatte dies nicht zu entscheiden. Das tat Gorbatschow, der wiederum auch nur übergeordneten Interessen gehorchte. Aus dem Nachlass des verstorbenen russischen Übersetzers Nogorny geht hervor, dass Kohl und Genscher Gorbatschow bekniet haben die Mauer zu belassen, da sonst - so Genscher wörtlich - *unser System nicht mehr aufrecht zu erhalten wäre*. Solange es die BRD und die DDR gab, erzählten die selbstgefälligen Damen und Herren Bundesverfassungsrichter immer wieder in ihrer phantasiereichen Märchenstunde, dass die Deutsche Einheit das *oberste* Ziel bundesdeutscher Politik sei.

Das Deutschland Protokoll Seite 137 + 138



So, Frau Merkel, glauben Sie bitte nicht, Sie könnten ganz leise umfirmieren, und zwar von BRD auf Deutsches Reich.
Weder Sie noch einer Ihrer sog. Minister werden in der kommenden Gesellschaftsordnung eine Rolle spielen.
Sie, Frau Merkel, werden alle Macht verlieren.

Mit freundlichen Grüßen
W. Th. Hüsken

Steuerberaterin

PS:
Anlage Schreiben
1. an die US-Botschaft zwecks Haftung v. 13.9.2007
2. an alle Richter und Rechtspfleger der BRD